

FINANZ- UND HANDELSKONFERENZ 1978

Holger Dohmen und Rüdiger Machetzki

Vom 20. Juni bis zum 9. Juli 1978 fand in Peking die Nationale Finanz- und Handelskonferenz zum Lernen von Taching und Tachai statt. Mehr als 5000 Vertreter der Finanz- und Handelsabteilungen des gesamten Landes nahmen an der Konferenz teil, die nach Aussagen der Volkszeitung (10. Juli) einen wichtigen Platz in der Geschichte von Chinas Finanzen und Handel einnimmt. Führende Redner waren der Parteichef Hua Kuo-feng sowie seine Vertreter Li Hsien-nien und Yü Chiu-li. Hua hatte der Konferenz eigens eine Widmung geschrieben. Sie lautete: "Entwickelt die Wirtschaft und stellt die Versorgung sicher und leistet gute Arbeit in Finanzen und Handel, um im Geiste von Taching und Tachai dazu beizutragen, Industrie und Landwirtschaft rasch zu entwickeln und dient aus ganzem Herzen dem täglichen Bedarf des Volkes."

Angesichts der Konferenzthematik befassen sich die folgenden beiden Teilthemen mit Fragen der Finanzplanung und der Investitionspolitik einerseits sowie mit der Rolle des Außenhandels andererseits.

I. Finanzplanung und Investitionen (Machetzki)

Der neue Parteichef Hua Kuo-feng nahm die Konferenz zum Anlaß, einige Zahlen zum Wirtschaftswachstum des ersten Halbjahres 1978 zu verkünden und gleichzeitig vor ungerechtfertigtem Optimismus zu warnen. So äußerte er u.a.:

"Vorläufige Statistiken weisen für die erste Hälfte dieses Jahres einen 24prozentigen Anstieg der Industrieproduktion gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres aus, bei Stahl sogar um 67 Prozent, bei Erdöl um 11 Prozent, Kohle um 19 Prozent und Elektrizität um 17 Prozent... Die Lage im Verkehrs- und Transportwesen ist hervorragend. Das Frachtvolumen bei der Bahn stieg in der ersten Hälfte dieses Jahres gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um 22 Prozent. Obwohl im vergangenen Winter und in diesem Frühjahr in der Landwirtschaft einige Gebiete von schweren Naturkatastrophen heimgesucht worden waren, wurden 5 Millionen Tonnen Sommergetreide mehr geerntet als im Vorjahr... Die Staatseinnahmen im ersten Halbjahr dieses Jahres übertrafen beachtlich den Plan. Dies zeigt, daß wir seit der Zerschlagung der 'Viererbande' vor rund zwanzig Monaten die Volkswirtschaft aus dem Tief heraus und in die Bahn stetigen und gesunden Wachstums gelenkt haben... Aber es gibt nicht den geringsten Grund zur Selbstzufriedenheit. Der gegenwärtige Fortschritt, das muß gesagt werden, ist ganz natürlich für eine Wiederherstellungsperiode... Unser Ziel aber ist, die Landwirtschaft, Industrie, Landesverteidigung und Wissenschaft und Technik zu modernisieren und den Weltstandard sowohl wirtschaftlich als auch technisch einzuholen und zu überholen. Wir müssen unsere Erfolge an dem fortgeschrittenen Niveau anderer Länder messen. Dann werden wir feststellen, daß unser Niveau noch sehr niedrig ist...

Nicht nur auf technischem Gebiet, auch hinsichtlich des Verwaltungsniveaus sind wir noch zurück... Viele notwendige Regeln und Vorschriften wurden abgeschafft, und die sozialistische Planwirtschaft wurde unterhöhlt. Ein Zustand der 'Halbanarchie' entstand." (1)

Li Hsien-nien führte auf der gleichen Konferenz u.a. aus:

"Gerade wie ein Mensch ohne Blutkreislauf nicht existieren kann, kann auch unsere sozialistische Wirtschaft ohne Finanz- und Handelsarbeit, ohne Warenaustausch und Investitionsmittelverteilung nicht auskommen. Sind Austausch und Verteilung gut organisiert, dann kann die Produktion entsprechend dem Staatsplan durchgeführt werden und wird mehr, schnellere, bessere und wirtschaftlichere Ergebnisse bringen. Nur so ist es möglich, die vier Modernisierungen bis Ende dieses Jahrhunderts zu verwirklichen... Die rapide Entwicklung der vier Modernisierungen macht es erforderlich, neue Handels- und Dienstleistungszweige zu schaffen, mehr Geldmittel zu akkumulieren und Im- und Export bedeutend auszuweiten; ferner müssen wir die Modernisierung in den Bereichen Handel, Dienstleistungen, Finanz- und Bankwesen sowie Finanz- und Handelsverwaltung verwirklichen." (2)

Seit Dezember 1976 (2. Tachai-Konferenz) haben in der VR China über 150 nationale Fachkonferenzen aller Art stattgefunden. Die Finanz- und Handelskonferenz ist in diesem Zusammenhang die bisher letzte große Veranstaltung zur Festigung des neuen Kurses in der Wirtschaft. Ihr Hauptziel lag offensichtlich darin, auf den betroffenen Sektoren die Inhalte und Ziele der "neuen Entwicklungsetappe" nach der Kulturrevolution konkret klarzumachen. Die langfristige Entwicklung der Volkswirtschaft mit einem jährlichen Industrierwachstum von mehr als 10% (Planziel) erforder-

dert einen wesentlich geänderten fachlichen Arbeitsstil aller Bereiche. Zwei Aussagen treten dabei in den Vordergrund. Zum einen die realistische Einschätzung der jüngsten Entwicklung des Landes, deren relativ hohes Tempo auch nach Ansicht der Parteiführung großenteils aus der besseren Ausnutzung der vorhandenen Kapazität zu erklären ist und nicht so sehr durch einen Kapazitätsausbau, d.h. durch eine erhebliche Steigerung des nationalen Investitionsvolumens. Zweitens wird deutlich, daß ein zukünftiges hohes Wachstum nur dann gewährleistet ist, wenn einerseits eine intensive Investitionspolitik betrieben wird und andererseits der Güteraustausch im ganzen Land entsprechend verbessert wird.

Die Finanzplanung dürfte also in Zukunft eine wesentlich bedeutendere Rolle spielen, als dies während der letzten Jahre der Fall war. Da die Finanzplanung zugleich der Sektor der Wirtschaftsplanung ist, der in der Vergangenheit am weitesten unter der Kontrolle der zentral-staatlichen Fachorgane (vor allem Staatliche Planungskommission) verblieben war, deutet eine Verstärkung des Finanzwesens auf eine sorgfältigere Lenkung der wirtschaftlichen Entwicklung durch die Staatliche Planungskommission hin. Tendenzen zu unkoordinierter Selbständigkeit einzelner Provinzen, die sich während der letzten Jahre der "Halbanarchie" angedeutet hatten, dürften damit ein Ende finden. Auf diese Tatsache deutet auch zugleich die wirtschaftspolitische Absicht der Parteiführung hin, bis 1985 sechs große Wirtschaftsregionen auszubauen, die jeweils mehrere Provinzen umfassen. Der Wunsch einer verstärkten zentralen Kontrolle des Finanz- und Handelswesens wird auch an dem wiederholt hervorgehobenen engen Zusammenhang zwischen Finanzen, Binnen- und Außenhandel deutlich. Schließlich stellt der Außenhandel, insbesondere der Import von kompletten Anlagen und anderen Investitionsgütern einen nicht unwesentlichen Faktor in der Entwicklung der chinesischen Schlüsselindustrien dar. Finanzen und Handel müssen daher eng mit der Entwicklung der Industriewirtschaft insgesamt abgestimmt werden, d.h. in der Praxis möglichst lückenlos unter zentraler Kontrolle verbleiben. Der Handel hat also neben seiner Versorgungsfunktion der Bevölkerung eine entscheidende Entwicklungsfunktion, d.h. die Aufgabe, die Industrie mit Rohstoffen, Investitionsgütern und anderen Gütern zu versehen, um ihre reibungslose Produktion zu gewährleisten. Auf die Finanzplanung entfallen ebenfalls zwei Hauptaufgaben. "Erstens müssen wir das gesamte gesellschaftliche Kapital mobilisieren, das irgendwie mobilisiert werden kann und dieses Kapital unter den verschiedenen Sektoren der Volkswirtschaft korrekt verteilen... Zweitens müssen wir das Wachstum der Volkswirtschaft aktiv durch eine Finanzkontrolle fördern." (3)

Um diese Aufgaben zu erfüllen unterteilt sich die Finanzplanung in vier große Bereiche:

1. Einnahme- und Ausgabepläne der einzelnen Industriesektoren
2. Kredit- und Geldplan der Staatsbank
3. Staatshaushalt
4. Einheitlicher Finanzplan (Einnahmen und Ausgaben) der Volkswirtschaft.

Der Staatshaushalt stellt in diesem Zusammenhang den Hauptteil des Einheitlichen Finanzplanes dar. Der genaue Prozentsatz ist aufgrund mangelnder statistischer Daten nicht bekannt. Die ungefähre Größenordnung dürfte jedoch nahe 90% liegen. Das heißt

also, daß das Hauptinstrument aller Finanzplanung in der VR China der Staatshaushalt bzw. Haushaltsplan ist. Durch ihn wird die zentrale Führung weitgehend in die Lage versetzt, die regionale und sektorale Volkswirtschaft zu kontrollieren, während gleichzeitig die Leitung des wirtschaftlichen Produktionsprozesses großenteils dezentralisiert ist, d.h. den Provinzen überlassen bleibt. Die einzelnen Provinzhaushalte stellen in diesem Zusammenhang keine autonome Größen dar. Vielmehr sind sie im Staatlichen Haushaltsplan enthalten als entsprechende regionale Teilpläne. Es erfolgt also nur ein verhältnismäßig geringer Anteil aller Investitionen außerhalb bzw. unterhalb des Staatshaushaltes. Das Gesamtvolumen der Investitionen ist nicht bekannt. Einzelne Schätzungen sprechen von rd. einem Drittel des Volkseinkommens, das reinvestiert wird (4). Nach eigenen Schätzungen lag das Volkseinkommen 1977 bei rd. 260-270 Mrd. Yuan RMB (5). Das gesamte Investitionsvolumen müßte sich in diesem Fall auf rd. 85-90 Mrd. Yuan RMB belaufen, der Anteil des Staatshaushaltes (einschließlich der inkorporierten Provinzhaushalte) auf 75-80 Mrd. Yuan RMB. Ausgehend von der Ausgabenaufschlüsselung des Staatshaushaltes während des Ersten Fünfjahresplans 1953-57 beläuft sich der Anteil der Investitionen am Staatshaushalt auf rd. 60%. Das heißt, daß der Staatshaushalt gegenwärtig in einer Größenordnung von rd. 125-130 Mrd. Yuan RMB liegen dürfte. Die einzelnen Größenordnungen untereinander machen deutlich, welche beherrschende Rolle die zentral-staatliche Finanzplanung im gesamten Entwicklungsprozeß der VR China einnehmen kann, wenn sie entsprechend straff geführt wird, fachlich kompetent ist und keinen "politischen" Störeinflüssen unterliegt. Eine der wesentlichen Aufgaben der Finanz- und Handelskonferenz war es daher, den leitenden Vertretern dieses Sektors klare zukünftige Richtlinien zu setzen und sie auf die "neue Entwicklungsetappe" mit ihrer wirtschaftlichen Orientierung einzustimmen. Von der Bedeutung des Finanz- und Handelssektors her war die Konferenz sicherlich ein wesentlicher Meilenstein. Von der Zielsetzung her reiht sie sich jedoch in die lange Kette anderer Fachkonferenzen ein, denen auf ihrem jeweiligen Gebiet eine ähnliche Funktion zufiel.

Die Verbesserung des Handelswesens und des binnenwirtschaftlichen Güteraustausches ist in diesem Sinne eine konsequente Folgeforderung einer intensiveren Finanz- und Investitionsplanung. Dies trifft umso mehr zu, als die Finanzplanung in erster Linie ein vorweggenommenes Abbild der nachfolgenden volkswirtschaftlichen Naturaltransaktionen darstellt, also eine Verrechnungsstellung einnimmt. Handel, Transport und Verkehr stellen daher wesentliche Hilfsfaktoren der nationalen Allokationspolitik dar. Dies gilt, wie bereits erwähnt, insbesondere für den Außenhandel und Import, der nur zu einem geringen Teil ein Konsumgüterhandel ist. Seine eigentliche Bedeutung gewinnt er als Quelle des Technologietransfers und der beschleunigten industriellen Entwicklung des Landes. Dies geht vor allem aus Schätzungen für die siebziger Jahre hervor. Sie legen den Ausrüstungsanteil von Investitionsgüterimporten an den gesamten Industrieinvestitionen auf rd. 10% fest (6). Für einzelne Leitsektoren dürfte er noch höher liegen (z.B. Petrochemie, Stahl usw.). Ein totaler Außenhandelsboykott dürfte zum gegenwärtigen Zeitpunkt einen Wachstumsverlust von mindestens zwei Prozent bedeuten, ein Opfer, das die Parteiführung in der "neuen Entwicklungsetappe" of-

fensichtlich nicht zu bringen bereit ist.

Anmerkungen:

- 1) PRu, Nr.30, 1. August 1978, S. 6-9.
- 2) PRu, Nr.30, 1. August 1978, S. 17-19.
- 3) Chinese Economic Studies, A Journal of Translations, Winter-Spring 1977-78, S. 4-5.
- 4) Siehe dazu: FAO, Report on China's Agriculture, 1974, S. 24.
- 5) Rüdiger Machetzki, Schätzungen zum Volkseinkommen der VR China, C.a. Juli 1978, S. 438-440.
- 6) Alexander Eckstein, China's Economic Revolution, Cambridge University Press, 1977, S. 235.

II. Außenhandel (Dohmen)

Die Tagung erhält ihren besonderen Wert dadurch, daß sie auch eine neue Ära in Chinas Außenhandel einleitet. Vor Verkaufangestellten, Arbeitern in staatlichen Einkaufsabteilungen, Kassierern, Frisuren und Schustern, so Hsinhua am 20.6.78, hielten Planungschef Yu Chiu-li und der für das Finanzressort zuständige stellvertretende Ministerpräsident Li Hsien-nien Reden, die das besondere Interesse ausländischer Beobachter auf sich zogen. Seit Monaten kursieren in der westlichen Presse Meldungen und Gerüchte über eine grundsätzliche Abkehr Pekings von den bisherigen Importpraktiken. So wird u.a. von der Bereitschaft der Chinesen zu größerer Auslandsverschuldung und erstmaligen Plänen zu wirtschaftlichen Joint Ventures gesprochen. Spekulationen dieser Art, an denen die chinesischen Verantwortlichen selbst nicht unbeteiligt sind, sind nach wie vor geeignet, insbesondere bei westlichen Unternehmern, voreilige Absatzhoffnungen zu entfachen. Dieser Optimismus wurde durch zwei Handelsverträge unterstrichen, die China im Frühjahr mit der Europäischen Gemeinschaft und Japan abschloß, ferner durch das ehrgeizige Programm, das Peking sich selbst gesteckt hat, und in dessen Verlauf die vier Modernisierungen (Landwirtschaft, Industrie, Verteidigung, Wissenschaft und Technik) die Volksrepublik bis zum Jahre 2000 zu einem modernen Industriestaat verwandeln sollen. Erst jüngst gab Chinas Außenhandelsminister Li Chiang in einem Interview mit dem Außenhandelsmagazin China's Foreign Trade (Nr.3/1978) den Gerüchten neuen Auftrieb, als er erklärte, daß sich der wirtschaftliche und technische Austausch zwischen China und den westeuropäischen Staaten mit zunehmender Entwicklung der eigenen Wirtschaft verbessern werde. Die Handelsaussichten zwischen China und den EG-Staaten, so Li, seien sehr günstig.

Tatsächlich erwecken zahlreiche Großaufträge, die Peking im Verlauf des ersten Halbjahres 1978 bereits ins Ausland vergeben hat - besonders profitierten hiervon die japanische und die deutsche Industrie - den Eindruck, als würde dies nun so weiter gehen. Eine genauere Lektüre der wichtigsten Reden, die auf der jüngsten Handels- und Finanzkonferenz gehalten wurden, macht jedoch deutlich, daß zu hohe Erwartungen des Auslands kaum angebracht sind. An

Chinas Politik der "Unabhängigkeit und Selbständigkeit" und des "Vertrauens auf die eigene Kraft" rütteln derzeit auch Maos Nachfolger noch nicht. So erklärte z.B. Planungschef Yu Chiu-li, der Außenhandel werde gefördert, vorausgesetzt, er beeinträchtige nicht Chinas Souveränität und wirtschaftliche Unabhängigkeit (1). Ähnlich drückte sich auch Li Hsien-nien aus, als er "Unabhängigkeit, Selbständigkeit und Vertrauen auf die eigene Kraft als die grundlegende Richtlinie beim Aufbau des Sozialismus wie bei der Finanz- und Handelsarbeit" bezeichnete (2). Bleibt also das Unabhängigkeitsprinzip erhalten, soll die Außenhandelspraxis doch eine schrittweise Annäherung an den internationalen Markt erfahren (3). Auch scheint eine mittelfristige Bereitschaft der chinesischen Wirtschaftsplaner, ausländische Kredite, z.B. in Form von Bankeinlagen in der Bank of China in Anspruch zu nehmen, heute nicht mehr völlig ausgeschlossen. Erst jüngst soll Li Hsien-nien gegenüber einer japanischen Industriellendelegation erklärt haben, daß Peking auf dieses Instrument zurückgreifen könne, wenn die eigenen Devisenreserven zur Finanzierung der Importe nicht mehr ausreichten. Li schränkte in diesem Gespräch jedoch ein, daß die chinesischen Devisenreserven in Höhe von etwas mehr als 2 Mrd. US\$ zuzüglich der auf etwa 3 Mrd. geschätzten Goldreserven ausreichten, um Pekings Importbedarf für die nächsten acht bis neun Monate noch finanziell zu decken (4). Damit wird deutlich, daß China zumindest zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht bereit ist, Kreditexperimente zu machen. Vielmehr bleibt es, wie auch Yu Chiu-li kürzlich wieder betonte, bei seinem Grundsatz, den Außenhandel in erster Linie durch eigene Exporte zu steigern.

Wie Yu unterstrich, müsse der Außenhandel im Einklang mit der außenpolitischen Linie des Vorsitzenden Mao stehen und auf Chinas Bedarf und die Prinzipien des gegenseitigen Nutzens abgestimmt sein und auf dem Austausch dessen, was man habe, gegen das, was man benötige, beruhen. Ähnlich äußerte sich auch Li Hsien-nien:

"Zugleich müssen wir auch den Außenhandel ausweiten. Wir müssen den Export zugunsten der Einfuhr von mehr Know-how und Anlagen erweitern, um den Aufbau des Sozialismus voranzutreiben." (5)

Um den Export zu fördern bedürfe es fernerhin einer "begeisterten Einstellung zur Produktion von Exportgütern mit besonderer Aufmerksamkeit für die Erstellung von hoch- und geringwertigen Gebrauchsgütern in großen und kleinen Mengen" (6). China plane, künftig mehr Industrieerzeugnisse, Mineralien und langlebige Konsumartikel sowie einige überschüssige Ausrüstungen zu exportieren, die zur Verarbeitung von Rohstoffen, zur Kopie von Prototypen und zur Erweiterung von Montageanlagen verwendet würden. Diese Formulierung, hinter der sowohl Lohnkonfektionierung als auch Fertigung nach exakten Käuferspezifikationen stehen kann, wurde von Yu Chiu-li ferner durch das Zugeständnis ergänzt, daß Betriebe mit besonderem Maschinenbedarf eine Importerlaubnis erhalten werden, wobei die Bezahlung aus der anschließenden Produktion erfolgen soll (7). Im Rahmen des Plans würden Spezialfabriken und Gebiete errichtet, die hauptsächlich Exportgüter produzieren sollten. Yu:

"Wir sollten darauf achten, daß unsere Exporte dem Bedarf der ausländischen Märkte entsprechen. Wir

sollten unsere Verträge strikt erfüllen, nach Treu und Glauben handeln und Erzeugnisse abliefern, die in Bezug auf Menge, Qualität, Spezifikation, Verpackung und Lieferzeiten den Verträgen entsprechen." (8)

Neue Technologien sollten in China planmäßig eingeführt werden. Dies sei eine wichtige Aufgabe für Chinas Außenhandel in der neuen Entwicklungsperiode.

Nach den Vorstellungen Yu's sollen Außenhandel und Binnenlandmarkt künftig besser abgestimmt werden. Erzeugnisse der Leichtindustrie und Güter, für die ein Marktbedarf in China vorhanden ist, sollten importiert werden. Neben der Einfuhr von Getreide, Ölsaaten, Zucker, Baumwolle und Tabak z.B. dürfte sich diese Andeutung auf bestimmte Kategorien gewerblicher Waren beziehen, die wie Schweizer und japanische Uhren neben der Funktion der Geldabschöpfung die des Arbeitsanreizes erfüllen. (9) Der Import von Luxusgütern, der hier vorsichtig angedeutet wird, könnte neben seinen ökonomischen Auswirkungen auch sozialpolitische Implikationen nach sich ziehen. Konsumgüter höherer Qualität würden nämlich ausschließlich für die kleine besser verdienende Schicht von Parteifunktionären vorbehalten sein. Auch dies also ein weiterer Schritt zum Sowjetmodell?

Im künftigen umfangreichen Wirtschaftsaufbau Chinas wird, wie Yu Chiu-li unterstrich, die Bank of China eine größere und wichtige Rolle spielen. Der Planungschef:

"Zusammen mit dem Wachstum des Außenhandels und mit den erweiterten Beziehungen zu anderen Ländern wird die Rolle der Bank erweitert und die Finanzaktivitäten mit dem Ausland werden zunehmen. Wir müssen ausländische Einlagen planmäßig entgegennehmen und nutzen, die Guthaben von Auslandschinesen sowie internationale Zahlungs- und Versicherungsgeschäfte gut verwalten, einen Kampf gegen Hegemonie in internationalen Finanzangelegenheiten führen und über die Beziehungen der Bank zum Ausland freundschaftlichen internationalen Zahlungsverkehr entwickeln." (10)

Zur Frage der Bezahlung von größeren Technologieimporten hatte Li Chiang schon in dem erwähnten Interview folgendes festgestellt:

"Unsere Importe sollten auf der Fähigkeit zur Bezahlung basiert sein. Nur wenn wir bezahlen können, können wir unsere Importe steigern. Das heißt, nur wenn wir gleichzeitig unseren Export erhöhen, können wir mehr Güter importieren. Gleich welche Form der Bezahlung wir durchführen - bar, Teilzahlung, Zahlungsziele mit langen Laufzeiten, Kompensation mit eigenen Produkten oder anderen auf dem internationalen Markt gängigen Formen -, in jedem Fall gehen wir davon aus, daß all diese Formen auf unserer Fähigkeit, schnell bezahlen zu können, basieren müssen, wenigstens innerhalb einer bestimmten Periode. Andere Formen, die von diesem Prinzip abweichen, sind für uns nicht akzeptabel."

Daß China bemüht ist, seine Fähigkeit zur Barzahlung von Technologieimporten zu erhöhen, dafür gibt es schon jetzt drei Indizien:

1. Pekings neue Politik gegenüber den Überseechinesen fällt zusammen mit handfesten wirtschaftli-

chen Überlegungen. Seit Jahren fließen jährlich etwa 1/2 Mrd.US\$ von Auslandschinesen zurück auf Banken der Volksrepublik, kostbare Devisen, mit denen im Ausland eingekauft werden kann. In Peking hofft man, diesen Betrag künftig auf 1 Mrd.US\$ steigern zu können, die dem wirtschaftlichen Aufbau des Landes und seinen ehrgeizigen Planzielen zugute kommen sollen. Auch die guten Verbindungen der Überseechinesen zur internationalen Finanzwelt dürften in Pekings Rechnung eine gewisse Rolle spielen.

2. Zusätzliche Devisenquellen erhofft sich die Regierung in Peking durch "kapitalistische Arbeitsmethoden" der Bank of China und ihrer Schwesterinstitute in Hongkong zu eröffnen. Wie das Asia Wall Street Journal kürzlich berichtete, seien diese Schwesterbanken derzeit mit spekulativem Anlegen von Geld in Wertpapieren, Fremdwährungen, Edelmetallen und Immobilienkäufen beschäftigt (11).

3. Ausländische Devisen werden ferner durch eine systematische Erhöhung der Touristenzahlen ins Land gezogen. Der Tourismus als Wirtschaftszweig nimmt in der gesamtökonomischen Planung einen immer größeren Spielraum ein.

Anmerkungen:

- 1) M.D., 6.7.78.
- 2) PRu, Nr.30, S.17.
- 3) Vgl. C.a. Juli 1978, Ü 41.
- 4) JT, 14.7.78.
- 5) PRu, Nr.30, S.18.
- 6) M.D., 6.7.78.
- 7) Vgl. BfA/NfA, 17.7.78.
- 8) M.D., 6.7.78.
- 9) Ebenda.
- 10) Ebenda.
- 11) Vgl. NZZ, 15.7.78.